

## **Rechtsextreme Demo am Samstag in Wien**

Kundgebung der „Partei des Volkes“ – Kleingruppierung mit Neonazi-Einsprengeln

*Der Standard, 3.3.2016*

Wien. Am Samstag marschieren wieder Rechtsextreme in der Wiener Innenstadt auf. Ab 13 Uhr lädt die rassistische „Partei des Volkes“ zu einer Demonstration mit dem Titel „Wir fordern Neuwahlen und Raus aus der EU!“ auf dem Ballhausplatz. Eine „große Demo“, wie von den Aufrufern verkündet, dürfte es nicht werden, zumal sich die Gruppierung vor kurzem nach Streitereien über die Frage, welchen Bundespräsidentenskandidaten man unterstützen wolle, gespalten hat. Der abgetrennte Wiener Flügel der in Graz gegründeten Bewegung wird am Samstag zeitgleich eine eigene Kundgebung auf dem Adolf-Schärf-Platz in Wien-Donaustadt abhalten.

Die Mobilisierungskraft der PDV sei bescheiden, heißt es auch im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes auf STANDARD-Anfrage. Es handle sich jedoch um eine „militant-rechtsextreme Gruppe, deren Führungskader sich im Neonazismus bewegen“. Zentrale Figuren aus dem Umkreis der PDV fielen in der Vergangenheit mit Aufrufen zur Gewalt gegen Flüchtlinge und NS-verharmlosender Propaganda auf und sind auch der Polizei bekannt.

Man rechne mit bis zu 800 Teilnehmenden an der Kundgebung, heißt es bei der Wiener Polizei. Auch eine Gegendemonstration des Wiener KZ-Verbands ist geplant. Dessen Landessekretär Ernst Wolrab erklärt im STANDARD, man wolle der Opfer des Faschismus gedenken und „verhindern, dass es wieder zur Entwertung des Deserteursdenkmals kommt“, spielt Wolrab auf die Ereignisse im vergangenen November an: Damals hatten Redner einer rechtsextremen Demo ihr Pult auf dem Denkmal für Opfer der NS-Militärjustiz platziert – wie sich später herausstellte, mit Erlaubnis der Polizei.

### Gegendemonstration

Ob das Mahnmal für Opfer der NS-Militärjustiz diesmal durch Tretgitter abgeschirmt wird, ist noch nicht entschieden. Künstler Olaf Nicolai, der das Mahnmal entworfen hat, ist wie berichtet dagegen. Die Skulptur lebe davon, begehbar zu sein, argumentiert er. Die Polizei will über Sicherheitsmaßnahmen erst dann entscheiden, wenn klar ist, welche Gruppen Kundgebungen angemeldet haben – und die Frist dafür ende 24 Stunden vor Demobeginn.

Maria Sterkl